

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Deutsche Erklärung über Germersheim

Zusammenarbeit der deutschen und französischen Regierung.

WTB. teilt mit: Zu dem Germersheimer Zwischenfall wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Angelegenheit von deutscher Seite sofort nach Bekanntwerden der ersten Einzelheiten des Tatbestandes anhängig gemacht worden ist und zwar sowohl vom Auswärtigen Amt der französischen Regierung gegenüber, als auch vom Reichskommissar in Koblenz gegenüber der Rheinlandkommission und den französischen Kommandostellen. Die diplomatischen Verhandlungen werden seitdem auf beiden Wegen fortgesetzt. Es kommt zunächst darauf an, mit größter Beschleunigung eine einwandfreie objektive Feststellung des Sachverhaltes herbeizuführen, der durch die bisherigen Erhebungen der deutschen und der französischen Behörden noch nicht in allen Einzelheiten hinreichend aufgeklärt erscheint. Zwischen beiden Regierungen besteht Einverständnis darüber, daß die strafrechtliche Sühne dieses ersten Falles ein Zusammenwirken der zuständigen deutschen und französischen Organe und die Vernehmung aller von den deutschen Behörden namhaft gemachten Zeugen erfordert. Ebenso besteht Einverständnis darüber, daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden müssen, um eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu verhindern.

Ueber die Einzelheiten des beiderseitigen Zusammenwirkens, insbesondere über die Form der Beteiligung des bayerischen Untersuchungsrichters sind die Erörterungen noch im Gange.

Nächtlicher Zwischenfall in Trier.

Koblenz, 4. Oktober. (WTB.) Ueber einen Zwischenfall, der sich in der vergangenen Woche in Trier abspielte, wird hier folgendes bekannt: In der Nacht vom 29. zum 30. September bemerkte ein Polizeibeamter, wie zwei Personen eine Alceebank in der Nähe des Hauptbahnhofes mitten auf den Fahrdamm stellten. Als der Polizeibeamte mit einem zweiten Beamten die Zivilisten aufforderte, sich auszuweisen, verweigerten diese unter dem Hinweis, sie seien Franzosen, die Legitimation und nahmen eine drohende Haltung an. Rummehr nahmen die Beamten die Täter fest und legten dem einen eine Kette an. Erst jetzt legitimierten sich die beiden als Franzosen und wurden daraufhin von den Polizeibeamten freigelassen. Die Franzosen benachrichtigten die französische Bahnhofs-wache, die einen der Beamten zwangsweise mit zur Wache nahm. Dort machte der eine der beiden Täter dem Wachhabenden Angaben, die dieser zu Papier brachte. Nach Verlauf einer halben Stunde wurde der Polizeibeamte wieder freigelassen.

Ein Schaustück.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Der Reichsparteitag der Volkspartei ist im Sonntag zu Ende gegangen. Er war eher eine Propaganda- als eine Tagung, die politische Entscheidungen getroffen hat. Die tatsächlichen Fragen, die mit dem Regierungsproblem zusammenhängen, sind im Vorstand besprochen worden. Der Parteitag hat lediglich Kundgebungen des Parteiführers Stresemann und des Reichswirtschaftsministers Curtius entgegengenommen, und sich auf einen demonstrativen Ausdruck der Einmütigkeit beschränkt — der Einmütigkeit in dem Willen, Stresemann zu folgen und die Machtstellung in der Regierung zu behaupten.

Die Rede des Reichswirtschaftsministers Curtius auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei deutete die Probleme richtig an, die sich aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage ergeben. Insbesondere gilt das für die Kartellpolitik. Indem der Minister die Wiederaufnahme der Arbeiten über die Kartellgesetzgebung für diesen Winter ankündigte, und die Notwendigkeit einer Kontrolle der staatlichen und der überstaatlichen Kartell- und Trustorganisationen betonte, erkannte er zugleich an, daß eine regulierende Tätigkeit des Staates gegenüber den monopolistischen Machtgefühlen der Privatwirtschaft unabwendbar ist. Es läßt sich verstehen, wenn Dr. Curtius als Minister zunächst die Ergebnisse der amtlichen Wirtschaftsenquete abwarten will, ehe er neue Gesetzesmaßnahmen vorschlägt. Es läßt sich auch verstehen, wenn er als Volksparteiler vorläufig sein Kompliment vor der Privatwirtschaft machte und seine schweren Einwände gegen die monopolistische Kartellgewalt bis zu einem gewissen Grade wieder einschränkte. Aber eine derartige akademische Behandlung der Kartellfrage erscheint uns außerordentlich bedenklich. Solange die Zahl der unter dem Zwang der Krise feiernden Arbeitskräfte noch in die Millionen geht, bedarf es rascher und wirksamer Eingriffe an denjenigen Stellen der Wirtschaft, an denen sich die Hemmnisse der Krisenüberwindung zeigen. Das Kartellwesen ist eine solche Stelle und darum bedürfte es schleuniger Maßnahmen, um seine öffentliche Kontrolle herbeizuführen. Selbst ein zu starker staatlicher Eingriff könnte immer noch weniger Schaden anrichten, als die jetzt geübte willkürliche Preishochhaltung, die trotz der Rationalisierung der Wirtschaft die Erschließung eines breiteren Absatzmarktes verhindert.

Unzulänglich nach jeder Hinsicht war das, was der Minister über die Zollpolitik sagte. Der gegenwärtige Zolltarif, ein Ergebnis rücksichtsloser Bergewaltigung jeglicher Opposition, befriedigt weder seine Väter noch seine Gegner. Die Verlängerung des Zolltarifes wäre also nur möglich unter Aufrechterhaltung der schweren Schäden, die er bisher der amtlichen Handelspolitik gebracht hat: willkürlicher Schutz einzelner kleiner Interessentengruppen, Preisgabe des Exports und einer wirksamen Handelsvertragspolitik für das Volksganze. Hier ist eine Revision so bald als möglich vonnöten, mindestens aber zu dem Zeitpunkt, an dem das alte Zollgesetz abläuft, also Ende Juli nächsten Jahres.

Was schließlich die Reparationsfragen angeht, so wird man sich mit dem, was der Minister gesagt hat, auch nicht zufriedengeben können. Die Befreiung der noch besetzten Gebietsteile kann nicht davon abhängig gemacht werden, ob vielleicht in dem einen oder anderen Jahre einige Duzend oder hundert Millionen Mark mehr zu bezahlen sind, es kann das erst recht nicht, nachdem die deutsche nationale Finanzkunst es fertig gebracht hat, ohne Aussicht auf derartige Leistungen die Reparationszahlungen in den beiden nächsten Jahren von sich aus um 500 Millionen Mark heraufzusetzen, von denen erst später die gegenwärtige Regierung wieder 200 Millionen abgehandelt hat. Das endgültige Schicksal des Dames-Plans und damit zugleich das endgültige Urteil über Deutschlands Leistungsfähigkeit kann höchstens beschleunigt und in einem für Deutschland günstigen Sinne beeinflusst werden, je rascher es sich zeigt, daß die vorgesehenen Jahreszahlungen von 2 1/2 Milliarden Mark nicht an dem guten Willen Deutschlands, sondern an der Störung des internationalen Zahlungsverkehrs scheitern. Wir würden gegenüber dem Ausland den Anschein erwecken, als scheuten wir diese Prüfung, wenn wir fortgesetzt die Unmöglichkeit der vorgesehenen Leistungen oder etwaiger Mehrleistungen betonten. Diesen Anschein auch nur fälschlich zu erwecken, haben wir nicht das mindeste Interesse.

Stresemann hat am Sonnabend, in den reinen Höhen der Theorie und der Allgemeinheiten wandelnd, das neue Evangelium der Volkspartei verkündet: „Wir sind bereit mit jedem zu regieren, der den Klassenkampf abschwört“. Für eine Partei, hinter der als stark treibende Kraft das Großunternehmertum steht, eine Leistung! Leider aber verblieb die Diskussion nicht auf dieser Höhe der reinen Theorie, sondern stieg herab in die Niederungen des ganz gemeinen, eben erst gebannten Klassenkampfes. Kräftige Vertretung der Klasseninteressen des Unternehmertums, der Landwirtschaft, des Mittelstandes, schüchternen Anspruch eines Gewerkschaftsvertreters gegen zu krassen Unternehmeregöismus. Abbau der Sozialpolitik, Deutschland darf keine Versicherungsanstalt werden, verstärkten Schutz der Landwirtschaft, noch höhere Zölle! Die Ziele und

Der Zeitfreiwillige Hohenzollern.

Gesler weiß nichts.

Zu den Nachrichten über die Teilnahme des ältesten Enkels Wilhelms des Regien an den Manövern des Potsdamer Reichswehrregiments läßt der Reichswehrminister die erstaunliche Mitteilung ergehen, er habe erst aus der Presse Kenntnis davon erlangt — was ja an sich noch nicht so erstaunlich wäre — und infolgedessen noch nicht in die Öffentlichkeit zu der Sache Stellung nehmen könne; dabei geht die Angelegenheit seit mindestens einer Woche durch die Zeitungen. Herr Gesler läßt noch hinzufügen, daß er alle Maßnahmen zur Klärung der Angelegenheit getroffen habe.

Die Freundschaft der Außenminister.

Erklärungen Chamberlains in London.

London, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Chamberlain ist am Sonntag abend, von Paris kommend, von seiner langen Ferienreise im Mittelmeer nach London zurückgekehrt. Unmittelbar nach seiner Ankunft empfing er Vertreter der Presse und gab ihnen Erklärungen ab über seine Begegnungen mit Mussolini und Briand. Die Unterredung mit Mussolini, so versicherte er, sei nichts anderes gewesen als eine Begegnung von Freunden und von Außenministern. Ganz entschieden trat Chamberlain der Auffassung entgegen, als ob es sich bei jener Begegnung um ein Gegengewicht zu der Unterredung von Thoiry gehandelt habe. Auch wenn sich Briand und Stresemann nicht in Thoiry unterhalten hätten, hätte er sich mit Mussolini vor Livorno getroffen. Wöllig irrig sei die Annahme, als ob Mussolini oder er, Chamberlain, mit irgendwelcher Eifersucht auf die Ausprache zwischen den Außenministern Deutschlands und Frankreichs bliden. Chamberlain gab schließlich zu, daß er mit Mussolini nicht nur die Fragen, die unmittelbar England und Italien betreffen, sondern auch die europäischen Probleme besprochen habe, wobei er eine Uebereinstimmung der Auffassungen habe feststellen können. — Die Politik Englands sowie Frankreichs strebe danach, den Frieden zu erhalten und die Wirtschaft im Interesse aller zu fördern.

Auf seiner Durchreise in Paris habe ihm Briand über seine Unterredung mit Dr. Stresemann berichtet. Chamberlain fügte hinzu, er stehe seit Locarno mit Dr. Stresemann ebenfalls auf freundschaftlichem Fuße und sei der Auffassung, daß freundschaftliche persönliche Beziehungen zwischen den Außenministern nur dem Frieden dienen.

Schon wieder Kriegsschuldpolemik!

Havas-Kommentar zur Stresemann-Rede in Köln.

Paris, 4. Oktober. (WTB.) Havas veröffentlicht folgende Mitteilung, die ohne Zweifel vom französischen Ministerpräsidenten Poincaré selbst ausgeht: In der Rede, die Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann in Köln gehalten hat, hat er geglaubt, noch einmal auf die Frage der Kriegsverantwortlichkeit eingehen zu müssen. Obgleich Poincaré in seinen Erklärungen in St. Germain und Bar-le-Duc sorgsam zwischen der kaiserlichen Regierung und dem deutschen Volke unterschieden hat, hat es der deutsche Reichsminister des Auswärtigen für angebracht gehalten, den Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten zu widersprechen. Man hat deswegen in der Umgebung der Regierung erklärt, daß die Äußerungen Poincarés in Bar-le-Duc sowohl der Form wie dem Inhalt nach vom Ministerrat beraten worden sind und die unveränderte Ansicht der französischen Regierung zum Ausdruck gebracht haben.

Der Einbruch in die Botschaft in Rom.

Die Wilhelmstraße entlastet Mussolini.

Am Sonnabendmorgen hatte der „Vorwärts“ an den Einbruchversuch erinnert, der im Jahre 1923 auf die deutsche Botschaft in Rom verübt worden war und auf einen Bericht hingewiesen, den der deutsche Botschafter v. Neurath dem Auswärtigen Amt darüber erstattet hat. Dazu wird nun von zuständiger Stelle erklärt, jener Einbruchversuch habe offenbar (!) nicht irgendwelches Material über die innerpolitischen Verhältnisse in Italien zum Ziele gehabt, sondern den Chiffreschlüssel; nach dem eingehenden Bericht des deutschen Botschafters sei irgendeine Verbindung der italienischen Regierung und italienischer Behörden sowie Mussolinis selbst mit dieser Aktion in keiner Form gegeben. Was die Täter anbetrifft, so seien sie in keiner Weise italienische behördliche Organe gewesen; einer von ihnen war ein ehemaliger Offizier. Auch richte sich die Vermutung, zu weissen Gunsten der Einbruch verübt werden sollte, nicht gegen die italienische Regierung, sondern ginge in einer ganz anderen Richtung.

Die im „Vorwärts“ erschienenen Mitteilungen beruhen auf den Angaben von Leuten, die als ehemalige Mitarbeiter von Mussolini genau Bescheid wußten. Demgegenüber hat die Erklärung der zuständigen deutschen Stelle gar keine Bedeutung. Denn die Bekanntgabe des wahren Inhalts des Neurath'schen Berichts würde die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen auf eine sehr schwere Probe stellen und die Stellung des Botschafters gegenüber Mussolini geradezu unmöglich machen, obwohl er in seinem vollen Rechte ist. So bleibt der Wilhelmstraße nichts anderes übrig, als Mussolini herauszuschwindeln. Dadurch wird die Stellung des Botschafters v. Neurath in Rom noch stärker: denn er ist nicht nur der Hüter eines äußerst peinlichen Geheimnisses, sondern er kann sogar auf den Edelmut der eigenen Regierung hinweisen.

An dem Tatbestand ändert dieses gewundene Gefälligkeitsdementi der Wilhelmstraße natürlich gar nichts.

Pan-Europa.

Eröffnung des Kongresses in Wien.

Wien, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag vormittag fand die feierliche Eröffnung des 11. Paneuropäischen Kongresses im großen Konzerthausaal statt. Der Kongress wurde von dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Seipel, dem österreichischen Vorsitzenden der Paneuropäischen Union, eröffnet, der auf die Bedeutung der Idee Paneuropas hinwies, indem er an ein Wort des französischen Ministerpräsidenten Briand erinnerte, das verlangte, daß sich alle als Europäer fühlen, dann würden alle Schwierigkeiten leicht überwunden werden. Dann begrüßten der Bundeskanzler Dr. Ramek im Namen der Regierung und der Wiener Bürgermeister Genosse C. M. W. den Kongress, die ebenfalls die Bedeutung des Kongresses für den Frieden Europas würdigten. Anschließend sprachen die Delegierten der einzelnen Länder, als erster der Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe. Dieser begann seine Rede mit den Worten: „Europäer, dieser Geburtstag Paneuropas wird einst als historischer Akt der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Erdteils gewürdigt werden. Allerdings muß die Idee erst erarbeitet werden. Sie richtet sich nicht gegen Amerika, nicht gegen Asien, auch nicht gegen den Völkerbund. Mit ihnen allen zusammen wollen wir unsere Idee durchsetzen.“ Dann sprachen die Vertreter aller anderer Länder. Nachmittags um 5 Uhr fand im Rathaus eine Begrüßung durch den Bürgermeister statt. Am Abend wurde durch den Präsidenten Coudenhove-Kalergi eine große politische Tagung eröffnet, bei der eine Reihe von Referaten erstattet wurden.

die Schlagworte des Klassenkampfes auf der Seite der Unternehmer und der Landwirtschaft. Die Reden der Cramm, Thiel, Benthien, Graf Stolberg — was waren sie anders als Ausdruck des Klassenkampfes, der innerhalb der eigenen Partei, der Deutschen Volkspartei, sich geltend macht?

In dieser Diskussion findet sich eine treffliche Ironisierung der Stressemannschen Deklamation gegen den Klassenkampf — eine Ironisierung, die um so wirklamer ist, weil sie ungewollt erfolgte. Der Abgeordnete Siele schlug vor, es möchten doch endlich einmal der Unternehmerauschuß der Deutschen Volkspartei und der Arbeiterauschuß der Deutschen Volkspartei gemeinsam tagen und damit ein Beispiel der Arbeitsgemeinschaft geben.

Die Deutsche Volkspartei — angesehen von den strahlenden Höhen Stressemannscher Allgemeinheiten — scheint noch nicht recht reif zur Koalition mit sich selbst zu sein.

Schluß des Parteitages.

Köln, 4. Oktober. (WZ.) Auf dem gestrigen vierten Sitzungstag des Parteitages der Deutschen Volkspartei gab Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius einen Gesamtüberblick über die deutsche Wirtschaftspolitik. Der Minister beschäftigte sich zunächst mit der optimistischen Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage im In- und Auslande. Er betrachtete es als seine Aufgabe, Ueberreibungen auf das rechte Maß zurückzuführen. Fortschritte seien gewiß festzustellen, insbesondere bei den beiden für die Konjunktur maßgebenden Faktoren, dem Kapital- und Absatzmarkt.

Diese hellen Farben des Wirtschaftsbildes kontrastierten nun aber stark mit dunklen Tönen: der Umfang des Außenhandels habe 1924 nur die Hälfte, 1925 nur drei Viertel des Friedensumfanges ausgemacht. Das Jahr 1925 werde wieder einen Rückschlag bringen und wahrscheinlich nur zwei Drittel des Friedenshandels erreichen.

Auf dem inneren Markt durchlaufe besonders die Landwirtschaft eine schwere Krise. Der Ausfall an Kaufkraft des früheren Mittelstandes bleibe gewaltig. Vor allem aber drücke die Arbeitslosigkeit, die eineinhalb Millionen unterstützte Volkserwerbslose, tatsächlich aber wohl mehr als acht Millionen Volksgenossen in Ungewißheit, Sorge und Not halte und keineswegs nur eine vorübergehende Konjunkturfrage, sondern die Folge weitreichender Strukturveränderungen der Weltwirtschaft und der innerdeutschen Wirtschaft darstelle. Schließlich hänge über der ganzen Wirtschaft als düstere Wolke die Reparationsfrage mit all ihrer Unsicherheit und Schwere.

Aus dem weiten Gebiete der großen Aufgaben der deutschen Wirtschaft und der amtlichen Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft griff der Minister vier Probleme heraus. Er nannte zunächst den Finanzausgleich und die Verwaltungsreform und erklärte, daß diese beiden Probleme nach den zwingenden Darlegungen des Reichsfinanzministers für die parlamentarische Erledigung noch eine Weile zurückgestellt werden müßten.

Zweitens gebe es das Problem „Staat und Wirtschaft“. Dieses bedürfe der Vertiefung, Klärung und Lösung. Hier sei man im Grunde einig darin, daß der Staat nur die Gebiete der Wirtschaft für sich in Anspruch nehmen dürfe, auf denen die Kräfte der Privatwirtschaft verlagten und überwiegendes Allgemeininteresse eine starke Betätigung des Staates fordere. Die zentrale Kreditregelung, große Unternehmungen des Verkehrs usw., auch die sogenannten Versorgungsbetriebe der Gemeinden seien außer Streit. Wo der Staat Dinge tun müsse, die sonst überhaupt nicht getan würden, dürften Hoheitsrechte und fiskalische Interessen keine Rolle spielen, müßten die zweckmäßigsten Organisationsformen gewählt und eine Trennung von der eigentlichen Verwaltung durchgeführt werden. Noch wichtiger als die Frage der Wirtschaftsbetätigung der öffentlichen Hand sei die Zusammenarbeit aller Wirtschaftsformen mit dem Staat.

Die Wirtschaft könne kein isoliertes Leben im Staatsganzen führen. Der Ausschub der behördlichen Arbeit an der Regelung des Kartellproblems hänge mit der Wirtschaftsentwicklung, mit der

Entwicklung der internationalen Kartellierung und ihrer Erörterung auf der Weltwirtschaftskonferenz sowie mit den neuen Truistendenzen und Truistbildungen zusammen. Die Arbeiten würden aber im Laufe des Winters wieder aufgenommen werden. Sie müßten nicht nur Kartelle, sondern auch Trusts sowohl national wie international umfassen. Der Einfluß des Staates liege weniger in direkter Beeinflussung von Preisen und Konditionen, als vielmehr auf dem Gebiete der Steuern, des Kredits, der Frachten und der Zoll- und Handelspolitik. Die großen modernen Wirtschaftsgebilde wüchsen über die eigentliche Privatwirtschaft hinaus; hätten öffentlichen Charakter. Erstrecklicher Weise fühlten sie auch mehr und mehr den Zwang zur Verantwortung vor der öffentlichen Meinung. Dieses Verantwortungsgefühl gelte es zu stärken. Eingriffe, direkte oder indirekte, sollten nur im Notfall und mit allen Garantien objektiver, gesamtwirtschaftlicher Einstellung vorgenommen werden.

Drittens: Die deutsche Handelspolitik beruhe auf der Zolltarifnovelle des Sommers 1925. Diese habe gezielte Geltung nur bis zum 31. Juli 1927. Wir müßten uns entschließen, ihre Geltung um zwei bis drei Jahre zu verlängern.

Viertens: Alle vorher erörterten Fragen treten nach der Auffassung des Ministers in ihrer Bedeutung zurück gegenüber der Reparationsfrage. Die Diskussion über die Durchführung des Dawes-Plans und die Endlösung des Reparationsproblems sei im Zustande im vollen Gange. In diese Diskussion würden nunmehr die Verhandlungen über die wirtschaftliche Ausführung des deutsch-französischen Ausgleichsplans von Thoisy eingeschaltet. Der Minister erklärte mit warmen Worten sein volles Einverständnis zur Thoisy-Politik. Dr. Stressemann, hielt es aber für seine amtliche Pflicht, mit nüchternen wirtschaftlichen Erwägungen zur Lösung der Aufgabe beizutragen. In diesem Zusammenhang schlug Dr. Curtius vor,

die Erörterungen auf das an sich schon ungeheuer weittragende und verwickelte Geschäft der Mobilisierung von ein bis zwei Milliarden deutscher Eisenbahnobligationen zu beschränken

und warnte vor den Gefahren der Verquickung mit der Gesamtlösung der Reparationsfrage und der interalliierten Schuldregelung. Er betrachtete weiter die Frankensabilisierung als ein innerfranzösisches Problem, in dessen Rahmen Frankreich selbstverständlich den größten Wert darauf legen müßte, das wertvolle Objekt der deutschen Eisenbahnobligationen für seine Stabilisierungszwecke zu verwerten. Zweierlei stände bei der durch Theorie ungelösten internationalen Erörterung der Mobilisierung von Obligationen im Vordergrund, Höhe des Zinses und Umwandlung der Zinsen aus Reichsmark in Baluten. Der Zinsfrage stehe für uns fest. Ein Disagio gehe zu Lasten der Gläubiger. Die Umwandlung in Baluten aber bedeute eine Ausnahme vom Transferschuß, eine Abweichung vom Dawes-Plan und werde dadurch für uns eine schwerwiegende Angelegenheit. Schließlich ständen bei heftigstem Streben nach dem Ziel der Befreiung des Rheinlandes zwei Grundzüge für die kommenden Verhandlungen unabänderlich fest: Keine neuen zusätzlichen Lasten, keine Beeinträchtigung in der Endlösung der Reparationsfrage. (Beifall.)

Als zweiter Referent behandelte dann Reichslandsminister Cramm

„die Lage der Landwirtschaft.“

Wenn heute, so erklärt er, der deutsche Bauer von Rot spreche, dann glaube man ihm das nicht mehr. Man hat die Nachhülle der Landwirtschaft arg übel genommen. Die städtische Bevölkerung, selbst bürgerliche Kreise, ist auf Gang und Klang der Berliner Appellpresse hineingefallen, die sich auf dem Standpunkte wirtschaftlichen Fortschritts stellt. Um den berechtigten Klagen der städtischen Bevölkerung entgegenzutreten, ist besonders die Ausschaltung des übermächtigen Zwischenhandels notwendig. Der Redner bespricht weiter die Schwierigkeit der Kreditfrage und empfiehlt der Landwirtschaft Selbsthilfe im Sinne eines Raiffens. Er beklagt weiter die hohen sozialen Lasten, die den kleinen Landwirt schwer bedrücken. Die Fürsorge ist gut, aber man darf den Staat nicht zu einer Versicherungsanstalt machen. (Veh. Zustimmung.) Unter Volk muß wieder zum Verantwortungsgefühl erzogen werden. Dazu ist die Einführung des Arbeitsdienstpflichtjahres für unsere Jugend ein wichtiges Mittel.

Reichstagsabgeordneter Thiel spricht dann über „die deutsche Wirtschaftspolitik und der Arbeitnehmer“.

Er sprach zunächst über das Erwerbslosenproblem. Auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, so fährt der Redner fort, hat Dr. Silberberg öffentlich von der Wandlung im deutschen Unternehmertum gesprochen. Ich erkenne an, daß zahlreiche, einflussreiche Persönlichkeiten im Unternehmertum ernsthaft mit dem Problem der Volksgemeinschaft ringen. Aber ich würde ein Vögner sein, wenn ich aussprechen wollte, daß das heute schon für die Mehrheit des deutschen Unternehmertums gelte. Die Aufgabe der nächsten Zukunft muß es sein, jene einsichtsvolle Minderheit im Unternehmertum und jene einsichtsvolle Minderheit im Lager der Arbeitnehmer zusammenzuführen zur Entwicklung einer neuen vorbildlichen Zusammenarbeit in Politik und Wirtschaft. (Beifall.) Vorstand ist stets bei wenigen nur gewesen.

Ueber die Lage des gewerblichen Mittelstandes sprach Reichstagsabgeordneter, Senator Benthien.

In der Aussprache beschäftigte sich Abgeordneter Schiffan mit landwirtschaftlichen Fragen. Graf zu Stolberg-Wernigerode verlangt ausreichenden Zöllschuß. Die Behauptung des Professors Sering, daß der deutsche Großgetreidebau durch ausländische Konkurrenz nicht gefährdet sei, sei durch die Erfahrungen des letzten Wirtschaftsjahres widerlegt. Siele-Köln schlug vor, den Industrieauschuß und den Angestellten- und Arbeiterauschuß einmal gemeinsam tagen zu lassen. Die Partei könne dadurch den Boden für die Errichtung der großen Arbeitsgemeinschaft vorbereiten.

Unter dem lebhaften Beifall der Versammlung dankte der Vorsitzende dem Referenten. Nach dem Gesang „Einigkeit und Recht und Freiheit“ brachte die Versammlung dem Außenminister Dr. Stressemann ein dreifaches Hoch und dem Vorsitzenden Geheimrat Kahl eine stürmische Ovation dar.

Aus der Partei — hinaus.

Die ständige Rubrik der kommunistischen Presse.

Die „Rote Fahne“ verbreitet in ihrer Sonntagsausgabe folgende parteioffizielle Verlautbarung:

„Der Genosse Heinrich Givan wurde von der Bezirksleitung der KPD, Berlin-Brandenburg-Bauffisch in ihrer Sitzung vom 1. Oktober wegen Propagierung konterrevolutionärer Auffassungen und Forderungen aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.“

Givan gehört zu den Unterzeichnern der bekannten Erklärung der Siebenhundert. Er steht „links“ und sein Hauptvorwurf gegen die offizielle Parteipolitik der KPD, ist der, daß sie nicht revolutionär genug sei. Die „Rote Fahne“ druckte seinerzeit die hier erwähnte Resolution Givans mit der Bemerkung ab, daß die Forderung nach Propagierung der proletarischen Diktatur heute nur lächerlich sei. Die „Rote Fahne“ vergaß dabei, daß sie kurze Zeit darauf — wohl aus Konkurrenzgründen — dasselbe fordern würde. Durch einen Aufruf des Zentralkomitees der KPD, in der gleichen Nummer erfährt man nämlich, wofür die Hamburger Hafenarbeiter streifen. Sie kämpfen nämlich nach dem Wunsche der KPD, „für den Sturz der bürgerlichen Macht, für die Arbeiter- und Bauernregierung.“

Selbstverständlich kämpfen sie auch gegen „den schamlosen Koalitionspakt zwischen Silberberg und Leipart“, gegen die „reformistischen Agenten der Bourgeoisie in den Gewerkschaften“, überhaupt gegen alles, was den Kommunisten unangenehm ist. Aber immerhin, die „Arbeiter- und Bauernregierung“ als Ziel des Hafenarbeiterkampfes, das ist etwas Neues; diese Lösung wird den kämpfenden Hafenarbeitern es ganz außerordentlich erleichtern, ihre Ziele zu erreichen. Die bisherige Erfahrung beweist doch, wie wertvoll die Parolenhusterei der KPD, für alle Kämpfe gewesen ist.

Eulenberg's Polizeistück.

Zunächst der Polizeiausstellung hat das Ministerium des Innern Herberg Eulenberg den Auftrag erteilt, ein Stück zu verfassen. Eulenberg benutzte Schillers Entwürfe zu einem dramatischen Gemälde „Die Polizisten“ und schrieb das Scherzspiel „Die beste Polizei“. Gestern fand die Uraufführung im Staatlichen Schauspielhaus statt. Die Veranstaltung ist, wie man sieht, eine sehr staatliche Angelegenheit. Aber, dem Himmel sei's geklagt, mit dem für den Staat gemachten Stück ist kein Staat zu machen. Eulenberg stellt da eine Polizeiaktion aus der Biedermeierzeit, bei der verschwundene Juwelen, falsche Beschuldigungen und Raubtänze eine Rolle spielen, auf die Beine, und zwar auf Kasperbeine. Er, wie ist das alles nettlich und niedlich. So was von Kindlichkeit ist schon lange nicht dagewesen und das Uffste ist, das Ciapopeiascherzspiel langt nicht einmal zu einer Kindervorstellung. Obgleich es sich nämlich um eine ganz gleichgültige Sache dreht, hat Eulenberg das Kunststück fertiggebracht, die Handlung derartig zu verwickeln, daß sich selbst Erwachsene nicht mehr herausfinden. Die Gäste der Festvorstellung kamen denn auch aus dem Erstaunen über ein solches Uebermaß von Harmlosigkeit nicht heraus. Trotz prächtiger Schauspielerleistungen — Maria Paudler, Franz Weber, Heinrich Schnitler — war an dem Abend nichts zu retten. Das Ministerium des Innern hätte gut daran getan, seinen Auftrag nicht an den Bernhard-Schau-Vernichter Herberg Eulenberg zu vergeben, sondern an einen dramatischen Dichter oder einen geschickten Polizeioffizier. Wenn es nicht ausdrücklich gesagt worden wäre, kein Reich hätte gemerkt, daß der Abend der deutschen Polizei gewidmet war.

Um eine Zigarette zu rauchen, ging ich in der Pause vor das Vestibül. Ein Schupmann patrouillierte auf und ab. Ich fragte ihn, ob man draußen das Klingeln hören könne. Mit zuvorkommendem Gruß gab er mir Auskunft und versicherte mir, daß ich in aller Ruhe rauchen solle. Und nicht genug damit, er trat ins Theater, erkundigte sich dort, ob es nicht etwa schon wieder angefangen habe und grüßte wiederum lebenswürdig, als tatsächlich draußen das Klingeln ertönte.

Ein unheimliches Erlebnis. Es ehrt die Polizei mehr als der ganze Aufwand der Festvorstellung. Ernst Degner.

Mary Wigman's erster Tanzabend im überfüllten Blüthner-Saal brachte nach den getragenen starken Rhythmen eines „Festlichen Präludiums“ einige ältere, schon klassisch gewordene Tänze. Darunter das rätselhafte, schlafschwere „Allegro Viroso“. Im zweiten Programmteil eine Reihe neuer Schöpfungen. Künstlerisch gipfelnd in den beiden Tänzen aus der Suite „Die Feter“. Beide aus schlichten, mehrfach abgewandelten Motiven erwachsend. Der erste („Monotonie I“), ein immer wiederkehrendes Aufblühen und Zusammenfallen, ein beruhigender Ausblick in stille Welten. Der zweite („Monotonie II“), in wechselläufigem Tempo konzentrierte Drehschwünge, sich steigend bis zum atemraubenden Riesenwirbel und jähen Zusammensturz des Schlußes. Dann der „Hexentanz“. Im Stil der „Bisonen“. Ein Maskentanz mit suggestiver, von Will Goetze geschaffener Geräuschkulisse. Gespenstische Grotteste: Grauen, Wut, Wahnsinn. Als Abschluß ein „Rhapsodischer Tanz“, harmonischer Wechsel von Schwingen

und Ballungen mit wuchtigem, hinreißendem Ausklang. Gesamteindruck: die Kunst der Wigman ist gegen früher noch einfacher, diskreter, vornehmer in den Ausdrucksmitteln geworden. Die Sprache des Oberkörpers, der Arme und Hände in nuancierenden Details vervollkommen. Die Effekte der Beinteknik sparsamer angewandt. Ein gewaltiges Fortschreiten zu neuen künstlerischen Möglichkeiten. Eine Kraft und ein Können, die unerlöschlich erscheinen, immer wieder neue Wundlungen bringen. Wohin der Weg führt, ahnen wir nicht. Wir sehen nur, daß er aufwärts geht. Sie ist noch immer die Größte. Einjam und unvergleichlich. J. S.

Das Theater in der Königgräber Straße hat Ponsdales hochfesteigen Ritz „Mrs. Chenens Ende“ auch für die neue Saison wieder herausgestellt — und hat trotz alledem und alledem recht daran getan. Das absolut unglaubwürdige und zum Schluß scheußlich sentimentale Stück basiert immerhin auf einem ganz heiteren Einfall, der — ohne nachhaltige Wirkung freilich — einen Abend lang wirklich amüsiert, wenn flott gespielt wird. Und dafür bürgt schon Elisabeth Bergner als die vielseitige Mrs. Chenen. Sie findet sich in die Rolle der reichen, australischen Witwe so gut wie in die einer Juwelendiebin, von der schließlich nichts übrigbleibt als ein kleines, verliebtes Häfchen. Aber man läte Ida Wüst Unrecht, wollte man nicht dankbar der unbeschreiblich selten und doch so natürlichen Lady Maria gedenken, die sie auf die Bühne stellt. Die Rolle des Kammerdieners Charles ist mit Erich Kaiser-Tieg immerhin recht annehmbar neu besetzt, wenn man sich diesen internationalen Hochstapler auch gut etwas nüancireicher vorstellen könnte. Das Publikum amüsierte sich jedenfalls gut und zeigte sich durch Beifall dankbar. Tes.

Ist Haff bei Wasser und Brot gesundheitschädlich? Wie aus Washington gemeldet wird, haben sich dort mehrere hohe Beamte des Justizministeriums einer freiwilligen Diätur unterzogen, bei der sie zehn Tage lang nur von Wasser und Brot lebten. Die Beamten, die nicht davor zurücktraten, sich um der beruflichen Belehrung willen einer so unbequemen Diätur zu unterziehen, wollten dadurch feststellen, ob die Strafe, die gewöhnlich bei Verstößen gegen das Prohibitionsgesetz ausgesprochen wird, für die Gesundheit der Verurteilten schädliche Folgen haben kann. Sie sind übrigens nicht die ersten, die sich solchen praktischen Experimenten unterziehen. Sie folgen vielmehr nur dem Beispiel, das kürzlich der Richter Bryan im Staate Nebraska gegeben hat. Der 65jährige Herr hat sich nämlich selbst zu Wasser und Brot verurteilt, um die lebhaft erörterte Frage zu klären, ob eine solche Strafe den Tod eines Menschen herbeiführen könne. Der Entschluß des Richters Bryan entsprang dem Wunsch, die öffentliche Meinung zu beruhigen, die in der Verurteilung zu Wasser und Brot eine grausame Wahnahme des Strafvollzugs zu erblicken vermeinte. Der Ausfall der Probe soll beweisen haben, daß von einer Lebensgefahr keine Rede sein könne und daß auch keine Schädigung der Gesundheit des Verurteilten zu befürchten sei.

Der Bund Deutscher Architekten veranstaltet am 7. Oktober in Berlin eine Aussprache über Normen, Typen, Arbeitsmethoden und das Wohnungsbauprogramm. Es sprechen u. a. Geh. Rat Cornelius Gurliß-Dresden, Regierungspräsident Präger-Büchtemann, Direktor Dipl.-Ing. Otto Küller und Prof. Franz Seeb-Berlin, Bauinspektor Gustav Wolf-Künster.

Höhere Fügung.

Führ ein Prinz einst in die Welt,
Früher, in der alten Vora —
Fuhr er, sein, für unser Geld,
An den Strand von der Riviera.

Heut muß man ein andres Lied
Von der Prinzen schlichtem Sinn singen.
Nicht mehr nach Italien zieht
Sie es, sondern bloß nach München.

Dedes Nest in rauher Luft,
Hat es ein süßliches Klima,
Fürstenglück, du bist verpufft,
Längst geh's Prinzen nicht mehr prima.

Immerhin, der Zufall will's:
Zollernkind weilt kaum in Schwaben,
Schleicht die Reichwehr wie ein Pitz
Aus dem Boden, aus dem Graben.

Fragt der Prinz: „Was ist hier los?“
„Ei, Manöver“, sagen hundert.
„Ist nicht möglich“, ruft der Sproß
Kronprinz Wilhelms ganz vermurderl.

Tja, das ist nun gar nicht fair,
Welt ein Prinz zur Kur bescheiden,
Gleich kommt da die Gehler-Wehr,
Um sie ihm zu schneiden.

Hans Bauer.

Gründung einer Hygieneakademie in Dresden. Die bisher schon zum Aufgabenträger des Deutschen Hygienemuseums gehörende Tätigkeit der Veranstaltung von Vorträgen und Kursen hat einen immer größeren Umfang angenommen. Um allen Wünschen gerecht werden zu können, namentlich in bezug auf Ausbildung und Fortbildung weiterer Volksgenossen auf dem Gebiete der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege, ist von dem Deutschen Hygienemuseum e. V. als Träger eine Hygieneakademie geschaffen worden. Die Leitung der Akademie ist dem bisherigen wissenschaftlichen Direktor des Deutschen Hygienemuseums, Prof. Dr. Weisbach, übertragen worden.

Renewierungen des Kaiser-Friedrich-Museums. Die Gemäldegalerie des Kaiser-Friedrich-Museums hat ihre Akademeische Abteilung seit durch zwei Jahre bereichert. Es ist eine Madonna mit weiblichen Heiligen von Lucas Cranach, die der reichen Cranach-Sammlung des Museums ein mächtiges Werk seiner kirchlich-kunst einflüß, und ein Bild des kaiserlichen Meisters aus dem Anfange des 16. Jahrhunderts, den man nach seinem Hauptwerk in der Münchener Vinalofel den „Meister des Bartholomäus-Mars“ zu nennen pflegt. Dieser interessante Künstler, der in seiner manieristischen Haltung in der rheinischen Malerei damals ziemlich allein stand, hat in der Berliner Renewierung den Tod Mariens gemalt.

„Jeherr v. Schlicht“ gefahren. Der unter dem Pseudonym „Jeherr von Schlicht“ bekannte Schriftsteller Graf Wolf Sauttsin wurde in Weimar in seinem Schlafzimmern aufgefunden. Es wird vermutet, daß der Graf der in zerrütteten Verhältnissen lebte, Gift genommen hat.

Sozialismus und Kultur.

Die Blankenburger Tagung.

F. Kl. Blankenburg l. Th., 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Wie schon kurz erwähnt, sprach in der Nachmittags Sitzung der sozialistischen Kulturtagung am Sonnabend die Genossin Prof. Anna Siemsen aus Jena und Genosse Prof. Leo Kestenberg-Berlin über das Thema

„Sozialismus und Kunst.“

Genossin Siemsen stellte zunächst fest, daß es keine neutrale Kunst gibt, sondern daß jenes Kunstwert ein Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit wiedergibt. Diese Erkenntnis wird heute verwischt durch die Tatsache, daß wir heute belastet sind mit vielen Formen der Vergangenheit. Es besteht daher in der Arbeiterschaft eine große Unsicherheit in der Beurteilung künstlerischer Werte. Wir müssen eine sozialistische Kunstwissenschaft schaffen. Kunst ist die einzige Möglichkeit, an die Leidenshaft der Menschen heranzukommen und so die große Masse durch die Leidenschaft zur Erkenntnis zu führen. Erstickt wird dies Wert durch die Tatsache, daß Kunst nur eine Fachangelegenheit geworden ist. Es besteht eine Kluft zwischen Volk und Künstler. Ferner ist durch den Ausbau der Reproduktionsmittel in den breiten Massen die schöpferische Gestaltungskraft verlorengegangen. Radio und Kino, die Buch und Theater überholen, bahnen eine neue Entwicklung an, der wir uns nicht verschließen dürfen. Wir müssen die neuen Möglichkeiten, auch die sozialistische Kultur auszunutzen versuchen.

Genosse Prof. Leo Kestenberg wies vor allem auf die großen Veränderungen hin, die sich auf künstlerischem Gebiet vorbereiten. Dort drängt die Entwicklung der kollektivistischer Arbeit. Leider finden diese Bestrebungen noch wenig Widerhall in der Arbeiterschaft. Es genügt nicht, preiswerte Kunstgenüsse zu vermitteln, sondern wir müssen Möglichkeiten zur eigenen schöpferischen Gestaltung der Arbeiterschaft schaffen. Anfangs, wie wir in der Jugendbewegung, hier wirkten Sprechzirkel, Spielscharen, Einzelscharen. Die Arbeiterbewegung darf daran nicht vorbeigehen. Die Menschen müssen durch eigenes künstlerisches Erleben erschüttert und aus der Dumpsheit des Alltags erlöst werden. Die Feiern der Arbeiterschaft müssen in diesem Geiste umgestaltet werden. Alle Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung stehen vor bedeutendsten Aufgaben, die sie lösen müssen im Hinblick auf das Gesamtziel der sozialistischen Bewegung.

In der Aussprache begründete Genosse Baake die schon erwähnte Resolution, die sich entschieden gegen die jetzt vorliegende Fassung eines Gesetzes zum Schutze der Jugend wendet. Die Resolution erklärt dieses Gesetz für eine schwere Gefahr freien künstlerischen und schriftstellerischen Schaffens und fordert alle fortschrittlichen Kreise zum Widerstand gegen das Gesetz auf. Die Resolution wurde, wie schon mitgeteilt, einstimmig angenommen.

In der weiteren Aussprache wandte sich Genosse Adolf Braun gegen die Ueberhöhung des Radio. Genossin Jenßen-Gera bezeichnete das Radio als Verkörperung des Massengeschmacks. Genossin Bohm-Schuch wies auf die Beziehungen hin, die zwischen der sozialistischen Bewegung und der jungen Kunst bestehen. Sie erinnert an die moderne Architektur, Malerei und Dichtkunst. Ziegler sprach von der großen Hoffnung, mit der neben der Sozialdemokratie stehende Kreise das Ringen der sozialistischen Bewegung verfolgen. Er besprach weiter die Kulturarbeit der Volksbühnen und stellte fest, daß sie im Geist und Inhalt in der Richtung des sozialistischen Kulturfortschritts liegen. Er wandte sich ferner gegen die Gründungen von Besucherorganisationen durch private Theaterunternehmungen, die nur geschäftliche Interessen verfolgen und nichts leisten für eine planmäßige Heranführung der Massen an die Kunst, wie sie heute durch die Volksbühne erfolgt.

Dr. Guttman forderte eine stärkere Zusammenarbeit der Gesangs- und Musikgruppen in den Kulturorganisationen der Arbeiterschaft mit dem Arbeiterjüngerbund. Sodann nahm Genosse Dr. Löwenstein Berlin das Wort zu seinem Referat über

„Sozialismus und Erziehung.“

Erziehung ist ein gesellschaftlicher Vorgang. Sozialistische Erziehung ist eine allgemeine Forderung, die sich ergibt auf Grund der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Arbeitsprozeß ist ein kollektivistischer geworden. Die Menschen sind in seine Abhängigkeit geraten. Dieser Arbeitsprozeß ist nicht an sich feierlich, sondern er wirkt feierlich, weil er nicht im Dienste der Bedarfswirtschaft steht. Wir brauchen eine Demokratisierung des Arbeitsprozesses. Wir müssen die Jugend hineinführen in die Erziehung zur Demokratisierung des Wirtschaftslebens. Auch im gesellschaftlichen Leben entwickelt sich der organisierte Mensch. Nur die Arbeiterklasse, die den öffentlichen Menschen erzieht, wird die Gesellschaft erobern. Diesen Weg zum sozialen und demokratischen Menschen müssen alle gehen, auch das öffentliche Schulwesen. Notwendig ist die Erziehung zur Weltlichkeit, in der das religiöse Empfinden, das den Menschen mit Ergebenheit in das Schicksal erfüllt, ersetzt wird durch den Willen, die gesellschaftliche Unzulänglichkeit durch Kampf zu beseitigen. Der Wille, der uns in die Organisation treibt, um gegen die soziale Not anzukämpfen, hat keine geringere ethische Kraft als das religiöse Empfinden. Die sozialistische Idee ist von einer Stärke und Kraft, wie sie keine andere Idee aufweist.

An der kurzen Aussprache beteiligten sich die Genossen Karsten-Berlin und Siemsen-Jena. Genosse Siemsen forderte stärkere Unterstützung der weltlichen Schule. Da er vom Parteivorstand eine größere Toleranz gegen die Jungsozialisten forderte, erklärte Genosse Crispin, als Vertreter des Parteivorstandes, daß die Verhandlungen zwischen Partei und Jungsozialisten über die Neuordnung der jungsozialistischen Arbeit in kameradschaftlicher Weise geführt werden. Allerdings sei der Parteivorstand der Meinung, daß politische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei und nicht bei der Jugend ausgetragen seien. Hierauf wurde die Verhandlung auf Sonntag vertagt.

Der Kriegsoffer-Kongress. Organisierung der Friedensaktion.

Genf, 4. Oktober. (W.B.) Die Kommission der Internationalen Konferenz der Kriegsofferstimmlichen- und Frontkämpferverbände setzen ihre Arbeit fort. Die Geschäftsordnungskommission schlägt die Schaffung eines permanenten internationalen Sekretariats in Genf vor. Die zweite Kommission brachte eine Entschliessung ein, worin das Antrostreiten der Socarno-Verträge und die einstimmige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund begrüßt werden und ferner die Hoffnung ausgedrückt wird, daß sich die Universalität des Völkerbundes rasch verwirklichen, und daß die Prinzipien der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherheit allgemeine Anwendung finden werden. Die Resolution verlangt schließlich eine wirksame und ständige Kontrolle über die militärische Abrüstung und unterstreicht die Notwendigkeit der moralischen Abrüstung.

Ein Sonntag der Polizei.

Gestern fand auf der Aous ein Aufmarsch der Berliner Schuppolizei statt, den man zweifellos einen Höhepunkt der Polizeiwache nennen kann. Die reich mit Schwarzrotgold geschmückten Tribünen waren von einer unübersehbaren Zuschauermenge besetzt. Die Bahnstrecke umfäumten Masten mit den Flaggen des preussischen Staates und aller auf der Polizeiausstellung vertretenen Länder.

Im grünen Innenraum der Nordkurve hatten die Polizeiformationen Aufstellung genommen. In einem riesigen Biered standen die Schuppolizisten, die berittene Polizei, daneben die Mitglieder der Polizeiparadepolizei in ihrem schmutzen Drehschleier die Polizeihundführer und die Landjäger. Punkt 11 Uhr erschien Minister Severing mit dem Polizeipräsidenten und einigen Herren seines Ministeriums. Die Kapellen der Schupo und der Landjäger spielten das Deutschlandlied. Severing und die ihn begleitenden Herren begrüßten die unter Führung ihrer Offiziere stehenden Polizeibeamten bei ihrem Rundgang. Daran schloß sich ein Vorbeimarsch der Hundertkisten vor der Ministertribüne und den Zuschauern an. Von lebhaftem Beifall begleitet zogen 13000 Mann vorüber; die Spitze des schier endlosen Zuges hatte der Kommandeur der Schupo, Polizeioberst Haupt. Von der gegen früher völlig veränderten Einstellung der Bevölkerung zur Polizei zeugte der besonders herzliche Beifall, den die Polizeiparadepolizei fanden. Jede Sportabteilung führte ihre besonderen Gerätschaften im Zuge mit: die Ruderer ihre Riemen, die Boxer ihre Handschuhe, die Fußballer die Bälle und die Schwarzweiß- und Schwarzrotgoldenen Absteckfahnen.

Der Preussische Staat zeigte in aller Deutlichkeit seine republikanische Schuppolizei und die Bevölkerung sollte ihm bereitwillig Anerkennung.

Der Wagenkorso auf der Aous.

Wenige Stunden später erlebte die Aous ein zweites festliches Bild. Ein historischer Wagenkorso, wie er in Deutschland in diesem Umfang noch niemals gezeigt wurde, zog an den unzähligen Zuschauern vorüber. Der fast endlose Zug, dessen Vorbeizug beinahe drei Stunden dauerte, wurde von der Feuerwehr eröffnet. Von der mit Pferden bespannten Wanderreitpferde aus dem 17. Jahrhundert, mit dem darauffolgenden Mannschaftswagen mit kleinen Hakenleitern und sonstigen heute grotesk anmutenden Wägelchen bis zu den heutigen modernen Motorpferden war die technische Entwicklung der Berliner Wehr gekennzeichnet. Es folgten einige Kraftwagen des Berliner Rettungswesens und des Bestattungswesens vom primitiven Pferdegepanne bis zum heutigen Automobil. Dann kam die Reichsbahn mit ihren Gepäckbeförderungsmitteln, vom Handkarren bis zum Elektrokarren und Miniaturmotorwagen mit Anhängern. Die Reichspost eröffneten ihren Reigen mit einer historischen Postkutsche, der alle Fahrzeuge vom Gespann bis zu den Motorfahrzeugen, eleganten Motorreiwagen usw. folgten. Die städtische Straßenreinigung, Müllabfuhr, die Omnibusgesellschaft mit allen und neuen Fahrzeugen gaben ein Bild, welche Wandlungen die unentbehrlichen rollenden Hilfsmittel der Menschen in allen Zeiten durchgemacht haben. Viel Heiterkeit erregte ein Radkorso, in dem ein Hochrad mit Hebelbewegung, veraltete Räder, solche neuen Ursprungs, ältere Motorräder bis zu den modernsten Kraftfahrern mit ... ja Kilometer Geschwindigkeit pro Stunde gezeigt wurden. In gleicher Art konnte man den Werdegang verschiedener Industrien und Handelszweige, so der Brauereien, Baugehäfte, Warenhäuser, Schokoladenfirmen, Wäschereien usw. verfolgen. Hervorzuheben ist hier ein sehr geschmackvoll und dozent gehaltener Zug der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung. Beran ein Handkarren aus dem Jahre 1899, eins der ersten Transportgeräte der damals im Entstehen

begriffenen Versorgungseinrichtung der arbeitenden Bevölkerung. Den raschen Aufstieg dieser Organisation zeigen dann Pferdegepanne aus den Jahren 1904 und 1909, denen 1911 der erste Lastkraftwagen folgt. Zum weiteren Lastkraftwagen von 1914 bis 1920 zeigen die stete Vergrößerung und Veränderung der äußeren Form der Fahrzeuge. Die Schau führte den Siegeszug des Automobils mit aller Deutlichkeit vor Augen. Zu gleicher Zeit fand auf dem grünen Rasen der Nordkurve, von unzähligen kleinen Wimpeln reich geschmückt, Gewandheits- und Geschicklichkeitsfahren von Schupobeamten auf Krafträdern und Wagen statt. Zahlreiche leichte Aufgaben waren zu lösen, nur wenige konnten sie strafpunktfrei erledigen. Den Beschluß des Gewandheitswettbewerbes bildete ein vorzüglich gefahrener Motorradreigen. Die hervorragenden Leistungen riefen starken Beifall hervor. — Fast beängstigend war die Fülle der Zuschauer auf den Zufahrtstrassen, die dort vier-, fünf- und sechsgliedrig Spalier bildeten. Sämtliche Fahrzeuge verließen nämlich die Aous am Hauptausgang, durchfuhren die Königin-Elisabethstraße, Ostpreußenallee nach dem Stadtturm zu. Auch hier in der Lauengien-, Bülowstraße waren in der sechsten und siebenten Abendstunde die Strassenzüge stark besetzt. Nur zu viele wollten den heimkehrenden historischen Festzug bewundern.

Riesenbesuch am zweiten Polizeiausstellungsontag.

Die Polizeiausstellung in den Hallen am Kaiserdamm hatte gestern einen geradezu beängstigenden Massenbesuch aufzuweisen. Es war ein Rekord, der die ganze Ausstellungsorganisation erstlich in Frage stellte. Vom Mittag an setzte ein förmlicher Sturm auf das Ausstellungsgebäude ein. Gegen 7 Uhr registrierte die Kontrolle schon weit mehr als 50000 Besucher. Es werden jedoch wesentlich mehr gewesen sein, die bis Torschluss in die drei mächtigen Hallen strömten. Im Innern kam es mehrfach zu erheblichen Störungen des Verkehrs, nur schrittweise konnte man sich durch den Trubel weiterarbeiten. Die Verbindungsbrücke zwischen der alten Ausstellungshalle und der Turnhalle hatte zeitweise soviel Massen zu tragen, daß es fast gefährlich schien. Hier griff die Polizei ein und regelte den Verkehr.

Den Höhepunkt der gesellschaftlichen Veranstaltungen im Rahmen der Großen Polizei-Ausstellung bildete ein Polizeiwagenkorso, der in den Gesamttrümmen des Zoo stattfand. Ein festliches Gewoge durchströmte die mit Blumen reichgeschmückten Säle. Mehrere Kapellen der Schupo und Kriminalpolizei konzertierten. Im Verlaufe des Abends wurden Bilder aus der Geschichte der Polizei aller Zeiten vorgeführt, die starken Beifall hervorriefen. Ein Kabarett sorgte für heitere Unterhaltung. Auch die Feuerwehr hatte im Rahmen des 75jährigen Jubiläums zu einer Festveranstaltung im Luna-Parc aufgerufen. Es war ein würdiger Abschluß, den der Sonntag mit seinem großen Festabend, in dessen Dienst sich die gesamte Berliner Feuerwehr gestellt hatte, fand. Das Festprogramm wies eine große Fülle von guten Darbietungen auf. Ein prächtiges Feuerwerk wurde in den Abendstunden abgebrannt. Die Veranstaltung hatte einen glänzenden Besuch aufzuweisen.

Polizeiausstellung und Schulen. In der „Deutschen Zig.“ vom 28. September 1926 ist berichtet und besprochen, daß der preussische Kultusminister erlaubt habe, „das Schulklassen aller Lehranstalten von ihren Lehrern in die Polizeiausstellung geführt werden.“ Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr hat auf Veranlassung des Kultusministers das Provinzialschulkollegium Berlin ein Erlauchen des Ministeriums Berlin, den Besuch der Ausstellung den Schulen zu empfehlen, ausdrücklich abgelehnt. Eine „Einwilligung“ oder „Genehmigung“ des Kultusministers liegt also nicht vor.

Spritschmuggel im Großen.

Finanzierung durch Berliner Bankiers.

Einem Spritschmuggel, wie er in solcher Ausdehnung und mit solchem Raffinement wohl noch nie durchgeführt worden ist, konnte nach monatelangen Bemühungen des Zollgrenzkommissariats und des Reichswasserfiskus Berlin und Stettin ein Ende gemacht werden. Es gelang, eine Motorjacht zu beschlagnahmen, die wahrscheinlich schon seit langer Zeit große Mengen Spiritus nach Berlin geschafft hat. Ueber diese kassischen erregende Angelegenheit erfahren wir folgende Einzelheiten:

Im Juni dieses Jahres beobachteten Beamte des Zollgrenzkommissariats, daß eine Reihe kleinerer Eisfabriken in Berlin Spiritus erhielten, der nicht von der Monopolverwaltung stammte. Gewisse Spuren ließen erkennen, daß dieser Spiritus auf dem Wasserwege nach Berlin kam, und schon nach kurzer Zeit konnten Grenzollkommissariat und Reichswasserfiskus feststellen, daß eine elegante Motorjacht „Ange“ sehr häufig zwischen Berlin und Stettin verkehrt. Die „Ange“ wurde angehalten und gründlich durchsucht. Trotzdem war es nicht möglich, auch nur 1 Liter Spiritus zu entdecken. Der Inhaber der „Ange“ war ein Ingenieur Bauer, der im Kurhaus Finkenstädt Erkner wohnte. Er wies nach, daß er das Motorboot vor etwa 1 Jahr erworben und als Luxusjacht ausgestattet hatte. Bauer erklärte auch, er sei Schiffsmechaniker und mache mit der Nacht Berufsfahrten, da er ein neues Patent herausbringen wollte. Die Beamten des Zollgrenzkommissariats legten sich nunmehr Wochen hindurch jede Nacht auf die Lauer. So gelang es endlich einmal, festzustellen, daß die „Ange“ von Stettin nach Peenemünde fuhr und dann in der Offize Aurs auf den sogenannten „Aldergrund“ nahm. Hier war auf hoher See eine große Segeljacht, der „Pelikan“, verankert. Dieses Schiff, als dessen Eigentümer die Bankiers Lindemann aus Berlin fungierten, hatte beträchtlichen Laderaum und war für den Spritschmuggel umgebaut worden. Im Innern der Segeljacht hatte man große Kessel und Rohrleitungen angebracht, die durch Pumpen Spiritus in eine an die äußere Bordwand führende Leitung zu schaffen vermochte. Durch eine sehr sinnreiche Konstruktion war es nun möglich, aus dem „Pelikan“ in kurzer Zeit rund 3000 Liter Spiritus auf die Motorjacht „Ange“ zu bringen. Die „Ange“ war so raffiniert angelegt, daß selbst bei sorgfältiger Prüfung nicht die Rohrleitungen zu entdecken waren, die den vom „Pelikan“ übernommenen Spiritus in die Aufnahmebehälter des Motorbootes leiteten. Inzwischen hatte das Zollgrenzkommissariat Beamte nach Danzig entsandt, die dort gewisse Spuren verfolgten und feststellten, daß in regelmäßigen Zeiträumen der „Pelikan“, der sonst auf dem „Aldergrund“ verankert lag, in Danzig einlief. Dort kaufte der Kapitän des Schiffes jedesmal 20 000 Liter Spiritus zum Preise von 25 Pf. pro Liter und nach dem mit seiner Ladung schleunigst wieder in See, um die Schmuggelstelle aufzusuchen. Welch ungeheurer Verdienst den Bankiers erwuchs, geht aus der Tatsache hervor, daß in Deutschland ein Liter Monopolspiritus 4,30 Mk. kostet.

Nachdem man diese Feststellungen getroffen hatte, wurde in Berlin nach den Besitzern des „Pelikan“ geforscht. Heberärschenbereweise führten die Spuren zu dem Bankhaus Merz u. Co. in der Mohrenstraße, dessen Inhaber die Brüder Lindemann sind. Das Zollgrenzkommissariat nahm auf Grund seiner Feststellungen daraufhin in dem Bankhaus Merz u. Co. eine Durchsuchung vor und nahm auch, allerdings nur für wenige Stunden, Kommerzienrat Karl Lindemann und Herrn Otto Lindemann fest, die dann allerdings wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Die Geschäftsbücher der Bank waren in Ordnung, dagegen waren die Privatkonten der Herren Lindemann nicht völlig klar, so daß das Zollgrenzkommissariat hier weitere Nachforschungen vornahm. Es fanden sich auch einige Belege, aus denen hervorging, daß der „Pelikan“ tat-

sächlich von den Brüdern Lindemann erworben worden ist. Kommerzienrat Lindemann hat bei seinen ersten Vernehmungen angegeben, daß er Bauer in der Tat kennt und daß er nun diesem erpresserisch ausgebeutet worden ist. Inwieweit diese Angaben auf Tatsachen beruhen, wird durch den Untersuchungsrichter nachgeprüft werden, der augenblicklich die ganze Angelegenheit bearbeitet.

Außer bei den beiden Fährten des „Pelikan“ ist das Reich um Steuern im Werte von 750 000 Mk. betrogen worden. Die Untersuchung gegen alle beteiligten Personen erstreckt sich deshalb auch auf Steuerhinterziehung, Urkundenfälschung und Bandenschmuggel. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte diese Angelegenheit noch weite Kreise ziehen.

Schusswaffen in den Händen Jugendlicher!

Wieder einmal hat das Umgehen eines Jugendlichen mit einer Schusswaffe ein Opfer geordert. Der 15 Jahre alte Lehrling Herbert Ritschmann, der bei seinen Eltern in der Widenener Straße 16 wohnt, hatte sich das Terzerol seines Vaters angeeignet, und hielt damit in der Wohnung Schießübungen ab. Im „Scherz“ legte er dabei auf die 24jährige Hausangestellte Charlotte Wirtz an, die bei seinen Eltern beschäftigt ist. Unversehens ging die Waffe los und traf das Mädchen in die Brust. Sie brach sofort zusammen. Wie festgestellt wurde, hatte die Angel das Herz getroffen und den sofortigen Tod zur Folge gehabt. Der jahrlängliche Schütze wurde vorläufig festgenommen.

Werbefeier der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Der Werbebezirk Osten der Sozialistischen Arbeiterjugend veranstaltete am vergangenen Sonntag vormittag im Rosa-Theater eine wohlgeungene Feier. Der Gemischte Chor Groß-Berlin unter Leitung Sacke Horowitz eröffnete die Feier mit „Brüder, zur Sonne“. Nach einem Vorspiel von Kapelmacher folgte eine Ansprache Thecks, der in eindringlichen Worten der Jugend ihre hohe Aufgabe, den sozialistischen Menschen nicht nur in Worten, sondern auch in Taten der Selbsttätigkeit und des Opfermutes zu bilden, hinführte. Wiederlang dann der ausgezeichnete Gemischte Chor „Wir sind“ und das Ingepried und nach eindrucksvollen Kampfpredigten und einem Dialog die „Waldschwämme“ und den „Wald“. Zwei Szenen aus Tolstois „Rasse Mensch“, von Jugendlichen mit hinreichender Kraft zum Ausdruck gebracht, krönten die Veranstaltung, die im gemeinsamen Gesang der Internationalen, diesmal durch starkes Miterleben entzündet und beschwingt, ihren starken Ausklang fand.

Verkehrsunfall bei Köln. Heute morgen kam es in der Nähe Kölns zu einem schweren Verkehrsunfall. Ein Zug der Hofenbahn stieß mit einer anderen Vorortbahn, die stark besetzt war, zusammen, wobei eine Anzahl von Personen verletzt wurde. Ob auch Tote bei dem Unglück zu verzeichnen sind, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen.

Eisenbahnunfall bei Magdeburg. Wie die Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, ist am Sonnabend abend 9.30 Uhr ein Durchgangszug im Rangierbahnhof Magdeburg-Rothensee auf einen Nahgüterzug aufgefahren. Durch den Anprall explodierte ein mit Benzin gefüllter Wagen. Das ausströmende Öl setzte mehrere andere Wagen in Brand. Insgesamt sind 3 Wagen entgleist und 12 ineinander geschoben worden. Die Magdeburger Feuerwehr löschte in längerer Arbeit den Brand.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

H. W. Friedmann: Dritte Montag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, Frauenabend bei Rabe, Hamburgerstr. 60/61. Vortrag: Wandlungen des jüdischen Lebens. Referent: Hamburgerischer Dr. Seligmann. Schätzliches Erscheinen unbedingt erforderlich. Geste herzlich willkommen.

Verschärfung im Hamburger Streik. Entzug der Arbeitskarten.

Hamburg, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Hafenbetriebsverein, der Arbeitgeberverband für den Hamburger Hafen, hat in den Sonntagszeitungen Bekanntmachungen erlassen, wonach den Arbeitern, die am Montag die Arbeit nicht aufnehmen, die Arbeitskarte entzogen werden soll. Der Verkehrsband teilt dazu mit, daß nach Mitteilungen am Montag morgen eine Betriebsraterversammlung stattfinden soll, in der über diese Frage erst verhandelt wird. Der Hafenbetriebsverein hatte dem Verkehrsband gegenüber angekündigt, daß er erst zum Entzug der Arbeitskarten schreiten würde bei den Arbeitern, die am Dienstag die Arbeit nicht aufnehmen würden.

Die Bremer Hafnarbeiter lehnen ab. Der Verkehrsband beauftragt.

Bremen, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag vormittag fanden in Bremen vier stark besuchte Versammlungen der Hafnarbeiter statt, die sich mit dem Schiedsspruch für den Hamburger Hafen befaßten. Dieser Schiedsspruch wurde von den organisierten Hafnarbeitern Bremens abgelehnt und der Deutsche Verkehrsband beauftragt, mit den Unternehmern der Hafnenbetriebe wegen Lohn-erhöhungen in Verhandlungen zu treten.

Einigung in Lübeck.

Das Nachrichtenamt der Stadt Lübeck teilt uns mit: In Lübeck ist eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzielt worden, so daß die Arbeiten im Hafen ununterbrochen fortgeführt werden können.

Geprüfte Hausgehilfin.

Im Dezember 1924 wurden zwischen den Hausfrauen- und Hausangestelltenverbänden Vereinbarungen über die „Hauswirtschaftliche Lehre“ getroffen, die darin bestehen, daß dem Lehrling das Recht zusteht, sich „geprüfte Hausgehilfin“ zu nennen, wenn nach zweijähriger Lehre im Einzelhaushalt die erforderliche Abschlußprüfung bestanden ist.

Diese Bestimmungen hatten zur Folge, daß man auch den schon jahrelang in der Hauswirtschaft Tätigen Gelegenheit geben mußte, wenigstens während eines bestimmten Zeitabschnittes dieselben Rechte zu erwerben wie die, die jetzt als Lehrling in den Beruf eintreten. Die Sicherung soll darin bestehen, daß während dieser Uebergangszeit die sich zur Prüfung Meldenden den Nachweis erbringen müssen, daß sie mindestens fünf Jahre im fremden Haushalt tätig gewesen sind. Um die praktischen und theoretischen Kenntnisse noch zu erweitern, wurden in der entgegenkommendsten Weise unter Mithilfe des Herrn Direktor Friedrichs vom Magistrat der Stadt Berlin geschlossene Förderkurse in den Berufsschulen eingerichtet und die Hausangestellten einmal wöchentlich in vier aufeinanderfolgenden Stunden, verteilt auf ein halbes Jahr, auf ihre Prüfung vorbereitet. Die Lehrkräfte in den Schulen hatten es sicher nicht leicht, denn hier war ein ganz anderes Menschenmaterial zu unterrichten als sonst, waren doch Prüflinge darunter, die das 50. Lebensjahr erreicht hatten.

Die bis zu November 1918 noch unter der Gesindeordnung stehenden Menschenkinder wollen nicht ewig als ungelernete Arbeiterin betrachtet werden; bei ihnen ist der erste Wille vorhanden, den Stand zu heben, und so ist mit großer Energie doch etwas erreicht worden, wenn auch so manche Schwierigkeiten überwunden werden mußten.

Die Hausangestellten haben aber noch keine festungstrenge Arbeitszeit, sie können die Kurse nur pünktlich besuchen, wenn auch die Hausfrau das nötige Verständnis für den Aufstieg der Hausangestellten hat.

Die Prüfungsarbeiten wurden durch Los entschieden. Geprüft wurde praktisch und mündlich in Hausarbeit, Kochen und Baden, Waschen und Bügeln, Ausbessern und hauswirtschaftliche Rechnungsführung. Die Prüfungen, die für Berlin die ersten waren, fanden am 27., 28. und 29. September statt. Eine paritätische Kommission, bestehend aus zwei Fachlehrerinnen, vier Hausfrauen und vier Hausangestellten unter dem Vorsitz von Frau Oberschulrätin Fuhr, gab den Gutachten ab.

Von den Prüflingen, die aus dem Zentralverband der Hausangestellten hervorgingen, haben alle die Prüfung bestanden. Die organisierten Hausangestellten waren auch hier Bahnbrecher. Sie werden manchen die Meinung aufgezwungen haben, wie notwendig gerade für die in der Hauswirtschaft Tätigen der Besuch der Berufsschule vom 14. bis zum 18. Lebensjahr ist. Zu dieser Ueberzeugung müssen Staat und Gemeinde auch endlich kommen, damit die Hausangestellten nicht, wie bisher, von jeder Bildungsmöglichkeit ausgeschlossen werden. Hier ist die Sparsamkeit nicht am Platze, denn gerade die Tätigkeit der Hausangestellten erfordert vor allen Dingen, daß der Besuch der Fortbildungsschule obligatorisch eingeführt werden muß.

Das Winterhalbjahr wird weitere Prüflinge vorbereiten, Auskunft erteilt bereitwillig der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, Bagreuther Straße 31.

Gegen die Freizügigkeit der Landarbeiter.

Der „Wirtschaftsverband Mitteldeutschland e. V.“, eine Organisation, in der sich Bergbau, Industrie, Handel, Handwerk und Land- und Forstwirtschaft der Provinz Sachsen, des Landes Anhalt sowie eines Teiles von Thüringen zusammengeschlossen haben, hat nach der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 432 eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gerichtet, die sich mit der Rückwirkung der Kanalbauten auf die landwirtschaftliche Arbeiterbeschäftigung befaßt. In der Eingabe wird unter anderem gefordert:

„Es besteht, wenn nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen getroffen werden, die Gefahr, daß durch die Notstandsarbeiten der Landwirtschaft weitere Arbeiter entzogen werden, weil erfahrungsgemäß insbesondere von den nicht verheirateten landwirtschaftlichen Arbeitern das Deputat verhältnismäßig niedrig bewertet wird, und daß sie glauben, durch Arbeiten nicht landwirtschaftlicher Art höhere Löhne erzielen zu können.“

Da die Landwirtschaft dauernd erheblichen Mangel an einheimischen Arbeitskräften hat, liegt tatsächlich ein Bedürfnis, aus der Landwirtschaft stammende Arbeitskräfte mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen, nicht vor, da jeder arbeitswillige Landarbeiter jederzeit Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben finden kann.

Wir bitten daher im Interesse der Allgemeinheit wie der Landwirtschaft, insbesondere der Erhaltung deutscher landwirtschaftlicher Arbeiter Bestimmungen dahin zu treffen, daß solche Arbeiter, die ausweislich ihrer Papiere zuletzt oder im Laufe der letzten Jahre in der Landwirtschaft tätig gewesen sind, bei Notstandsarbeiten nicht beschäftigt werden dürfen und wenn sich diese Tatsache erst später herausstellen, wieder zu entlassen sind.“

Das ist derselbe Wunsch, der von den landwirtschaftlichen Unternehmern und ihren Organisationen schon zu unzähligen Malen bei anderen Gelegenheiten geäußert wurde und der schon des öfteren zu energischem Einspruch Veranlassung gab. Die landwirtschaftlichen Unternehmer sehen die immer stärker werdende Abneigung der Landarbeiter gegen die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse, halten es aber trotzdem für überflüssig, die Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten, um so die Landarbeiter in ihren Betrieben zu halten. Statt dessen möchten sie am liebsten die Gesindeordnungen wieder aufleben lassen, begnügen sich jedoch einstweilen mit einer zwangswise Beschränkung der Freizügigkeit, die die Reichsverfassung auch den Landarbeitern in ihrem § 111 garantiert, sehr zum Leidwesen ihrer Herren.

Es kann natürlich nicht die Rede davon sein, daß das Reichsarbeitsministerium den Wünschen der Antragsteller nachgibt. Den Herrschaften muß vielmehr bedeutet werden, daß sie die landwirtschaftlichen Arbeiter nur gut bezahlen und anständig behandeln brauchen, um sich die Arbeiter in der Landwirtschaft zu erhalten. Die Arbeit bei den Kanalbauten ist nicht einfacher und leichter als die Arbeit in der Landwirtschaft, so daß schon besondere Gründe für die Landarbeiter gegeben sein müssen, sie dieser vorzuziehen.

Der Tarifkonflikt der Puffer beigelegt.

Wie wir bereits in unserer „Abendausgabe“ am Donnerstag berichteten, hatte sich die Verhandlungskommission des Verbandes Berliner Baugeschäfte und der Arbeitsgemeinschaft der deutschen industriellen Bauunternehmungen nach mehrmaligen Verhandlungen bereit erklärt, den von ihnen zum 30. September gekündigten Mantel-

tarif der Puffer unverändert bis zum 30. September 1927 zu verlängern. Die Puffer haben diesem Verhandlungsergebnis in ihrer Versammlung am Mittwoch zugestimmt. Nunmehr haben sich auch die Unternehmer mit der Verlängerung des Manteltarifes einverstanden erklärt, so daß der Tarifkonflikt endgültig beigelegt ist.

Ablehnung des Schiedspruchs für die Banken.

Nachdem dem Allgemeinen Verband der Bankangestellten aus dem ganzen Reiche Zuschriften zugegangen waren, die eine Ablehnung des bekannten Schiedspruchs verlangten, beschloß gestern der Zentralrat des Allgemeinen Verbandes in seiner Sitzung die Ablehnung dieses Schiedspruches dem Reichsarbeitsminister zu erklären. Es sind anscheinend vom Reichsverband der Bankleitung Bestrebungen im Gange, die eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches bezwecken. Hiergegen will der Allgemeine Verband alle nur denkbaren Schritte unternehmen.

Der Konflikt bei Zuban beigelegt.

Die vor einigen Tagen gemeldeten Differenzen in der Münchener Zigarettenindustrie, insbesondere bei der Firma Zuban, haben durch Abschluß eines neuen Ortstarifvertrages ihre Erledigung gefunden. Damit sind die von den Firmen ausgesprochenen Kampfmaßnahmen unwirksam geworden. Differenzen irgendwelcher Art bestehen in München nicht mehr.

Urabstimmung im englischen Streik.

Ueber die Vorschläge der Regierung.

London, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Distriktsversammlungen der Bergarbeiter beschloßen überall, mit Ausnahme Schottlands, daß eine Urabstimmung unter den Bergarbeitern über die Vorschläge der Regierung bis Montag vorgenommen werde. Die Distriktsversammlungen von Yorkshire und einigen Distrikten Süd-Wales empfahlen ihren Mitgliedern die Ablehnung dieser Vorschläge, Nottinghamshire und Derby dagegen die Annahme. Die übrigen Distriktsversammlungen lassen ihren Mitgliedern völlig freie Hand. In Schottland wurde für Dienstag eine spezielle Bergarbeiterkonferenz zur Beratung weiterer Schritte einberufen.

Gewerkschaftsreise nach Mexiko.

Amsterdam, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Mexiko-Delegation des Internationalen Gewerkschaftsbundes, bestehend aus Brown, Fimmen, Williams, Purcell, Zulawski, Dürr, Lindley, Dismann und Hids tritt am Montag von dem französischen Hafen St. Nazaire aus die Reise an.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Sonntag, den 3. Oktober.

1. Rennen. 1. Ex ost (H. Wenzel), 2. Pieferer, 3. Marchesa. Toto: 206:10. Platz: 35, 13, 12:10. Ferner liefen: Favoritin, Altdenburg, Da via, Chinastar, Senechide, Iduna.
2. Rennen. 1. Geisenheim (Gannes), 2. Conzola Vera, 3. Weagar. Toto: 24:10. Platz: 12, 23, 15. Ferner liefen: Adano, Fürstendamm, Brigga II, Rariga, Jits und Stork.
3. Rennen. 1. Carl Heinz (Thelemann), 2. Prinz Christian, 3. Ramißkalla. Toto: 55:10. Platz: 21, 20, 25:10. Ferner liefen: Dram, Gedenstrauch, Koloch, Hermes, Wilmo, Rhon.
4. Rennen. 1. Ostau (Huguenin), 2. Rosentwange, 3. Teerose. Toto: 32:10. Platz: 16, 12:10. Ferner liefen: Rahnd.
5. Rennen. 1. Lampos (D. Schmidt), 2. Albit, 3. Albia. Toto: 26:10. Platz: 13, 14:10. Ferner liefen: Marzud, Blüher, Galtier.
6. Rennen. 1. Ritzrau (Welter), 2. Florida, 3. Sirena. Toto: 105:10. Platz: 25, 25, 52:10. Ferner liefen: Sidi-Gap, Dianthus, Mohrenblut, Die Wiktoria, Wilgerin, Karrenzeit, Galtier King.
7. Rennen. 1. Biciosta (D. Schmidt), 2. Wissa, 3. Frühlingssale. Toto: 38:10. Platz: 16, 73, 48:10. Ferner liefen: Rüdtsch, Pelion, Rotaltrophä, Dfrits, Gladhäger, Sanktion, Gaubium.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geget; Wirtschaft: Felix Seitzmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Geinert; Kunstleben: Dr. John Schilowski; Volkes- und Sonntags: Fritz Rappelt; Anzeigen: H. Glode; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Verlag S. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Beleuchtungskörper

für Wohnungen in allen Stilarten

Spezialbeleuchtungen

für Verkaufsräume, Schaufenster, Werkstätten

Teilzahlungen können auf Wunsch vereinbart werden

Beleuchtungskörper

S. m. b. H.

Berlin NW 6

Besichtigen Sie unsere Ausstellungsräume Luisenstr. 35

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Faust
Abonn.-Turnus II

Deutsches Theater
Norden 10334-38
7 1/2 Uhr:
Peripherie
von Länger. Regie:
Max Reinhardt

Kammerspiele
Norden 10334-38
8 Uhr:
**Androklos
und der Löwe**
von Bernard Shaw
Regie: Erich Engel

Lessing-Theater
Heute geschlossen
Morgen 7 1/2 Uhr Prem.:
**Mensch und
Uebermensch.**

Die Komödie
Bismarck 2414, 2516
8 Uhr:
Die Gefangene
von Bourget
Regie: M. Reinhardt

Wallner-Th.
Abendstück 8 U
der große Erfolg
d. Volksstückes
„Kasernen Lächeln“
Park 2, II. Rang 1-
Vorverk. Theat.-K.
u. bei A. Wertheim.

Theater a. Kottb. Ter
Kottbuser Str. 6.
8 1/2 Uhr u. Sonntag
nachm. 3 Uhr (zu
ermäßigten Preisen)
**Elite-
sänger**
und das
Hans. Damen-
Gesangs-
Quartett Popoff

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
CHARELL REVUE
**Von Mund
zu Mund**
Täglich 8 1/2 Uhr
Ende präzise 11 Uhr
Preise M. 1.00-15.00. Sonntag
nachm. 3 Uhr ungekürzte Vor-
stellung zu ermäßig. Preisen

Reichshallen-Theater
Abendstück 8 Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr
Sieffner Sänger
Singende Bäume
60 Pf. bis 2.50 M.
Nachmittags halbe Preis.
volles Programm!
Dönhoff-Breitl
Variété-Konzert-Tanz

Neues Theater am Zoo
8 „Ich hab Dich lieb“ 8
Park 1-3 H. Sessel & M. Vorverk. anst. 1. Stpl. 5371

CASINO-THEATER 8 Uhr
Gräfin Tippmamsell
Gutschein 1-4 Pers. Bei Vorzeig. der
Annonce Faut. nur 1.00 Mk., Sessel 1.50

8 Uhr
**Winter-
VARIETE
Garten**
10 Intern. Attraktionen 10
und eine Revue in 10 Minuten
Friedenspreise - Rauchen gest.
Sonntags 3 St. Ermäßigte Preise
Besonders wirksam und die KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamt-Anzeige billig!
„Vorwärts“ und andere Anzeigen

Oefen
Eisener Oefen - Kachelofen
Herde
für Kohle und Gas
R. Zechlin
Berlin C. 25
Alexanderplatz 49

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude)

Albert Springare
Großgarage und Tankstelle
Tag und Nacht geöffnet
Auto-Reparatur-Werkstatt
Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 4376
Lothringer Str. 107, Ecke Linten-
straße 14, am Prenzlauer Tor.

Verkäufe

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Spezialbügler, Bekleidungsstücke, Gelegenheits-
kleidung von Sportbekleidern, Gehsporen, hoch-
reißenden Pelzjacken, Bekleidern,
Enorm billige Herrenanzüge, Winter-
Paletots, keine Konkurrenz. Volk-
haus Friedeburgstraße 2 (Belle-Alliance-
Platz).

Möbel
Schlafzimmern, Metallbetten, Koffert-
matratzen, Feinmattdecken, Koffer,
Stoßdämpfer, etc. etc. etc. Spezial-
geschäft.

Musikinstrumente
Violen preiswert. Klaviermacher
Sinf. Brunnenstraße 33.

Kaufgesuche
Wahrerer faulst Lindenstraße 19

Unterricht
Tanzschule. Regier. Wilmersdorf,
Günkelstraße 42. Einzelstunden Ober-
leson. Abend 2000.



Dieser Platz ist künftig dem Dienst am Volke
geweiht. Hier soll wöchentlich einmal ge-
sprochen werden von der Güte der Natur, die uns
die **Früchte** als Abwehr der Krankheit, als Waffe
gegen den Verfall geschenkt hat. Lesen Sie unsere
Ratschläge und - mehr noch - handeln Sie danach!

Esst mehr Früchte,
und Ihr bleibt gesund!

Täglicher Genuß frischer Früchte ist kein Luxus,
sondern Notwendigkeit. Frische Früchte gibt es
zu jeder Jahreszeit.